



Nürnberger Menschenrechtszentrum | NMRZ



MISEREOR
IHR HILFSWERK



Factsheet Kolumbien

Brot
für die Welt

caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS



terre des
hommes
Hilfe für Kinder in Not
Deutschland

kolko
Menschenrechte für Kolumbien e.V.

Bergbau in Kolumbien – Fortschritt für wen?

„Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich durch die Bergbauaktivitäten in der Region radikal verändert; es gibt keinen Zugang mehr zu den Ländereien für den Ackerbau, das Weiden und die Jagd. Der Fischfang (...) wird heute als Risiko gesehen, denn der Fluss führt durch die Gebiete der großen Bergbauunternehmen, die man für das Weiden der Tiere und für die Jagd nicht betreten darf.“¹

Die kolumbianische Regierung setzt in ihrem Entwicklungsplan auf den Bergbau als „Lokomotive des Fortschritts“. Der Bergbau-sektor gehört mit wichtigen Vorkommen an Gold, Nickel und Kohle zu den bedeutendsten und stark wachsenden Sektoren. Steinkohle ist heute zweitwichtigstes Exportgut nach Öl und vor Kaffee, weshalb ihr im Folgenden besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Deutschland ist auf Rohstoffimporte für Energiegewinnung und Industrie angewiesen. Die Bundesregierung hat 2010 eine Rohstoffstrategie verabschiedet, die einseitig auf die Versorgungssicherheit deutscher Unternehmen ausgerichtet ist. Das Bundeswirtschaftsministerium förderte im November 2013 eine Kolumbienreise für Zulieferer im Bergbausektor. Das 2013 ratifizierte Handelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien verbietet Ausfuhrzölle, auch auf Rohstoffexporte. Dadurch werden die Rohstoffpreise für die EU niedrig gehalten. Ausfuhrbeschränkungen können jedoch entwicklungspolitisch sinnvoll sein, z.B. um einheimische Verarbeitungsindustrie zu fördern.

Während die kolumbianische Gesetzgebung Investoren beispielsweise durch Steuererleichterungen begünstigt, bedroht der Abbau von Bodenschätzen elementare Rechte der lokalen Bevölkerung. Vom Bergbau betroffen sind besonders indigene, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Gemeinden, deren Existenzgrundlage vielfach auf Landwirtschaft basiert.

Massive Umweltzerstörungen führen zu gravierenden gesundheitlichen Folgen. Auch kommt es bei der Erschließung von Bergbauprojekten zu Vertreibungen von Kleinbauernfamilien oder zu deren Umsiedlung ohne angemessene Entschädigung. Drei internationale Unternehmen (Cerrejón, Drummond und Prodeco) kontrollieren 87 Prozent der kolumbianischen Kohleexporte.



© kolko e.V.

Schwache Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt

Das mehrfach modifizierte kolumbianische Bergbaugesetz von 2001 fördert den verstärkten Abbau von Bodenschätzen. Es erleichtert Enteignungen und schwächt so die Rechte der betroffenen Menschen und den Umweltschutz. Die Umweltverschmutzung bedroht auch einzigartige Ökosysteme wie die Hochlandregionen der „Páramos“. Die Reform des Bergbaugesetzes vom Jahr 2010 hätte das Recht der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden auf vorherige Konsultation, wie auch in der ILO-Konvention 169 vorgesehen, geschwächt. Die Reform wurde jedoch vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt. Bis heute gibt es keine eindeutige und akzeptierte Regelung der Form dieser verfassungsrechtlich garantierten Konsultation.

Die Beziehung zu ihrem Land ist für indigene Völker zentral. Die Nationale Indigenen-Organisation ONIC weist darauf hin, dass das verfassungsgemäß garantierte Entscheidungsrecht über Projekte, die ihr Territorium betreffen, in den meisten Fällen nicht ordnungsgemäß angewandt wird.²

[1] WFP/ Büro des UN-Hochkommissariates für Menschenrechte: Informe conjunto de la Mision a las veredas El Hatillo y Plan Bonito, y Boquerón. Marzo 5-8 de 2013

[2] UNDP: Pueblos indígenas. Diálogo entre culturas, 2011, p. 33.

Verschärfung bestehender Konflikte und Konfliktfinanzierung

Der Abbau von Rohstoffen, insbesondere der Tagebau, vernichtet zuvor landwirtschaftlich genutzte Flächen und stellt gerade für Kleinbauern eine Gefahr für die Ernährungssicherheit dar. Dem stehen für die lokale Bevölkerung kaum neue Einkommensquellen durch den Bergbau gegenüber, denn überwiegend bringen die Unternehmen ausgebildete Arbeitskräfte mit. Der Bergbau schafft trotz enormer Investitionssummen weniger Arbeitsplätze als die Landwirtschaft und die Industrie. In den beiden Departments, Cesar und Guajira, aus denen 90 Prozent der Kohleexporte Kolumbiens stammen, sinkt die landwirtschaftliche Nutzfläche deutlich.³ Auch im bewaffneten Konflikt spielt die Landfrage eine zentrale Rolle. Der Flächenverbrauch für Bergbau kann die Landrückgabe gefährden. Diese spielt jedoch für die Friedensverhandlungen mit der FARC-Guerilla und deren Umsetzung eine bedeutende Rolle.⁴

Einzelne Bergbauunternehmen werden bezichtigt, auf paramilitärische Gruppen zurückgegriffen zu haben. Demobilisierte Paramilitärs haben ausgesagt, die Firma Drummond habe sie zur Sicherung ihrer Anlagen angeheuert und die Einheit finanziert, die für die Ermordung von Gewerkschaftern in der Mine verantwortlich ist. Paramilitärische Einheiten werden auch im Zusammenhang mit der Vertreibung von Bauernfamilien im Umfeld der

[3] Guillermo Rudas, Notas sobre el estado de la minería de carbón a gran escala en Colombia; Bogota Dezember 2013, Friedrich-Ebert-Stiftung / foro nacional ambiental fna, p. 9

[4] S. dazu auch das Factsheet zu den Friedensverhandlungen

Bergbauprojekte genannt.⁵ Auch die FARC-Guerilla profitiert finanziell vom Rohstoffabbau, beispielsweise vom Wolfram-Abbau im Südosten Kolumbiens. Auch BMW, Siemens oder VW sollen Wolfram aus dem Konfliktgebiet verbaut haben.⁶ Hinsichtlich der begangenen Verbrechen herrscht hohe Strafflosigkeit. Die kolumbianische Presse hat zudem über die Militarisierung der betroffenen Gebiete berichtet.⁷

Mangelnde Unternehmensverantwortung

Bei Importen nach Deutschland stieg der Anteil kolumbianischer Steinkohle zwischen 2005 und 2011 von 8 auf 25 Prozent und sank 2013 auf 18 Prozent. RWE, E.ON und Vattenfall haben die sozialen und ökologischen Kosten lange ignoriert.⁸ Die deutschen Kohleimporteure weigern sich, auch nur ihre Quellen und die Mengen offenzulegen und verweisen hinsichtlich Umwelt- und Sozialstandards auf interne Zertifizierungsmechanismen, deren Daten und Kriterien sie nicht vollständig offenlegen. Die von verschiedenen Unternehmen ins Leben gerufene Initiative „Better Coal“ löst dieses Problem nicht.

[5] Frédéric Maséc. CIT Pax/Observatorio Internacional Ley de Justicia y Paz: Actores armados ilegales y sector extractivo en Colombia, 2012.

[6] <http://www.bloomberg.com/news/2013-08-08/terrorist-tungsten-in-colombia-taints-global-phone-to-car-sales.html>, August 2013.

[7] Revista Semana: Seguridad para las “locomotoras”, 18.06.2011.

[8] Zur kritischen Diskussion von „Better Coal“ vgl. „Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte“, urgewald/FIAN April 2013

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Institutionen der EU:

- die kolumbianische Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit zur Umsetzung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich der ILO – Konvention 169, hinzuweisen;
- sicherzustellen, dass keine Kohle oder weitere Rohstoffe nach Deutschland importiert werden, wenn bei deren Förderung Menschenrechte verletzt wurden;
- bei Unternehmen, die vom Explorationsförderungsprogramm¹ oder von der Außenwirtschaftsförderung profitieren, eine engmaschige menschenrechtliche Folgenabschätzung unter Einbeziehung der lokalen Gemeinden vorzunehmen;
- eine Rohstoffpartnerschaft mit Kolumbien unter den derzeitigen Bedingungen abzulehnen sowie die deutsche Rohstoffstrategie basierend auf einer Konsultation auch mit Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zu überarbeiten;
- bei der deutschen Umsetzung der EU-Richtlinie über die Offenlegung nicht-finanzieller Informationen² rohstoffimportierende Unternehmen zu verpflichten, ihre Lieferanten und die Auswirkung von deren Produktionsbedingungen auf Menschenrechte und Umwelt offen zu legen;³
- sich für eine verbindliche EU-Richtlinie zur Nutzung von sogenannten Konfliktrohstoffen einzusetzen, die Unternehmen auf gebührende Sorgfaltspflichten entlang der ganzen Wertschöpfungskette verpflichtet;⁴
- gesetzlich sicherzustellen, dass Opfer von Verletzungen der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten durch Unternehmen, ihre Tochterunternehmen und Zulieferer zivilrechtlich in Deutschland klagen können;
- den Rohstoffverbrauch in Deutschland und der EU auf ein global und ökologisch gerechtes Niveau zu senken.

[1] Anfang 2013 von der Bundesregierung neu aufgelegt.

[2] Unternehmen müssen u.a. Informationen über Umweltbelange, soziale Aspekte und Menschenrechte offenlegen.

[3] Details s.: „Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Handlungsempfehlungen deutscher NRO an Bundesregierung und Bundestag“, September 2013.

[4] Details s.: AK Rohstoffe: „Für eine umfassende EU-Initiative“, http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/Fuer_eine_umfassende_EU-Initiative.pdf